



*Liberaler Politik im* → *bürgerlich und liberal*  
*Rhein-Pfalz-Kreis*

Programm  
des  
FDP-Kreisverbandes  
Rhein-Pfalz-Kreis

Kommunalwahl 2009

**Stand: 2. März 2009**

*Beschlussfassung*

## Inhaltsverzeichnis

ZUKUNFT DES RHEIN-PFALZ-KREISES .....	2
VERWALTUNGSMODERNISIERUNG DER KREISVERWALTUNG .....	3
INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT .....	4
FAMILIEN- UND KINDERFREUNDLICHER LANDKREIS.....	4
KULTURPOLITIK .....	7
SPORTPOLITIK .....	10
INTERKOMMUNALE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG.....	11
KOMMUNALE VERKEHRSPOLITIK .....	13
HOCHWASSERSCHUTZ .....	14
GRUND- UND DRUCKWASSERSCHUTZ .....	15
UMWELT- UND NATURSCHUTZ .....	17
GESELLSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK.....	17
INNERE SICHERHEIT.....	18
RECHTS- UND INNENPOLITIK.....	18

### **Zukunft des Rhein-Pfalz-Kreises**

Die FDP des Rhein-Pfalz-Kreises hat seit Jahrzehnten Verantwortung in unserem Landkreis getragen. Herausragende Persönlichkeiten wie die früheren Kreisbeigeordneten Gerhard Steuerwald und Robert Hofmann haben einen maßgeblichen Anteil an der hervorragenden Entwicklung unseres Landkreises.

Ziel liberaler Kreispolitik ist es, die uns anvertrauten Steuergelder effizient und sparsam zu verwenden. Die Kreismusikschule und die Kreisvolkshochschule sind Beispiele hervorragender Kulturarbeit, für die der Rhein-Pfalz-Kreis beispielgebend in Rheinland-Pfalz ist.

Ziel wird es sein, dem Rhein-Pfalz-Kreis über die kulturelle Arbeit eine noch stärkere Identität zu geben. Dadurch kann das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kommunen und seiner Bürger zum Kreis verstärkt und auch ein eigenständiges Gesicht innerhalb der Metropolregion geschaffen werden.

Auf dieser Grundlage wollen die Liberalen des Rhein-Pfalz-Kreises auch in der nächsten Legislaturperiode unseren Landkreis weiter entwickeln und die bestehenden Einrichtungen für unsere Kreisbevölkerung erhalten und wenn möglich weiter ausbauen. Die Grundlage muss dabei das Konnexitätsprinzip sein, d. h. wer Leistungen bestellt, muss diese auch bezahlen.

### **Verwaltungsmodernisierung der Kreisverwaltung**

Die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen haben einen Anspruch auf eine moderne, effiziente und kundenorientierte Kommunalverwaltung. Der Landkreis und seine Gemeinden tragen Verantwortung dafür, dass Verwaltungsaufgaben und öffentliche Dienstleistungen kostengünstig und bürgerfreundlich wahrgenommen und erbracht werden.

#### Deshalb fordert die FDP:

- Die Kreisverwaltung funktional unter Einsatz modernster Informations- und Kommunikationstechnologien im Sinne einer stärkeren Bürgerorientierung zu organisieren und nachhaltig auszubauen (Stichwort: "Kreisverwaltung-online bzw. eGovernment"). So müssen z. B. Verwaltungsdienstleistungen, wie die KfZ-Zulassung, zukünftig online erledigt werden können. Die Führerschein-Erstaussgabe muss zukünftig auch über die Gemeindeverwaltungen möglich sein.
- Für Bürgerinnen und Bürger, die sich moderner Technologien nicht bedienen, muss nach wie vor der persönliche Kontakt mit der Kommune als Dienstleister gewährleistet sein.
- Die Öffnungszeiten der Kreisverwaltung noch flexibler und bürgerfreundlicher zu gestalten.

### **Interkommunale Zusammenarbeit**

Der Rhein-Pfalz-Kreis muss Motor in der Förderung von Kooperationsmodellen auf lokaler Ebene (interkommunale Zusammenarbeit) werden. Durch Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit wird es möglich, dass die Kreisverwaltung und die Gemeinden ihre Einrichtungen besser nutzen und Dienstleistungen effizienter für die Bürger anbieten können. Auch beim Brand- und Katastrophenschutz sowie beim Rettungswesen ist auf mehr Zusammenarbeit kommunaler Gebietskörperschaften hinzuwirken. Fachspezifische Kooperationsmöglichkeiten bei Personal-Ressourcen sollten verstärkt genutzt werden. Ebenso sollen die Angebote der Metropolregion berücksichtigt werden.

### **Familien- und kinderfreundlicher Landkreis**

Ohne Kinder haben wir keine Zukunft. Daher gilt es, unsere Gemeinden familienfreundlich zu gestalten und mit bedarfsgerechten Betreuungsangeboten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Dazu gehört insbesondere die Förderung individueller Betreuungsdienstleistungen wie Tagesmütter und Kinderkrippen.

Durch die Beitragsfreiheit, die Rheinland-Pfalz für alle 2- bis 6-jährigen Kindergartenkinder ab dem Jahr 2010 einführt, wird auch die Nachfrage nach Kindertagesplätzen zunehmen. Die FDP unterstützt die in der Kindertagesstättenbedarfsplanung aufgestellten Grundsätze, die u. a. kreisweit für 75 % der Zweijährigen und für alle dreijährigen Kinder einen Kindergartenplatz vorsehen. Aufgrund der demografischen Entwicklung soll die Bereitschaft der Träger von Kindertagesstätten interkommunale Konzepte zu unterstützen gefördert werden.

### Die FDP fordert daher:

- Das qualitative Angebot der Kindertagesstätten auszubauen und zu erweitern (Krippen- und Hortplätze, flexible Öffnungszeiten und Ganztagsangebote).  
Die Erwerbsmöglichkeiten von Eltern und die Heimatverbundenheit soll hierdurch deutlich gestärkt werden.
- Private Initiativen, wie z. B. Tagesmüttermodelle, Familienvereine etc., sind zu fördern. Über die Angebote soll der Kreis eine entsprechende Internet-Plattform einrichten.
- Die Betreuungseinrichtungen sind vorrangig an den Bedürfnissen der Kinder und der Eltern auszurichten, wie z. B. die „Betreuenden Grundschulen“.
- Kooperationen der verschiedenen Träger innerhalb der Kommunen und mit Nachbargemeinden bei dem Angebot von Kindergarten- und Hortplätzen ist anzustreben, um bei rückläufigen Kinderzahlen eine bessere Ausnutzung zu ermöglichen.
- Die interkommunale Zusammenarbeit bei der Schulsozial- und Jugendarbeit ist zu unterstützen.

### Bildung und Schule

Die Bildung wird im Rahmen der Globalisierung immer wichtiger. Dies, zumal Deutschland nur die Ressource „Bildung“ weltweit wettbewerbsfähig hält. Deshalb stellen auch auf kommunaler Ebene „Bildung und Schule“ ein wichtiges zentrales Handlungsfeld dar.

Wir brauchen anforderungsgemäße Angebote für eine anspruchsvolle Kinderbetreuung, gut ausgestattete Grundschulen sowie ein differenziertes und den Ansprüchen von Schülerinnen und Schülern gerecht werdendes Angebot an weiterführenden Schulen. Dabei haben die Interessen und Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund zu stehen, d. h., dass eine frühzeitig einsetzende differenzierte Förderung erfolgt.

Für uns Liberale ist jede Investition in Bildung auch eine Investition in die Zukunft unserer Gemeinden.

Die FDP-Fraktion im Kreistag des Rhein-Pfalz-Kreises hat sich in den vergangenen Jahren mit großem Engagement dafür eingesetzt, dass die in Trägerschaft des Kreises befindlichen Schulen, nämlich das Gymnasium in Schifferstadt, die Integrierte Gesamtschule Mutterstadt, sowie die Realschulen in Maxdorf, Limburgerhof und Schifferstadt hervorragend mit Sachmitteln ausgestattet und alle notwendigen Investitionsmaßnahmen immer zügig umgesetzt wurden.

Im Jahr 2008 wurde in Maxdorf ein Ganztagsgymnasium errichtet, an dem das Abitur bereits nach 8 Jahren abgelegt werden kann. Dies wurde von der FDP begrüßt und mit großem Nachdruck unterstützt.

Nun gilt es, die durch die Änderungen des Schulgesetzes notwendigen Weiterentwicklungen in unserem Kreis zügig umzusetzen. Die im Schulentwicklungsplan 2008 gemachten Vorschläge, ab dem Schuljahr 2009/2010 fünf Realschulen plus in Bobenheim-Roxheim, Böhl-Iggelheim, Dudenhofen-Römerberg, Limburgerhof und Schifferstadt zu errichten, findet die Unterstützung der FDP. Die Gemeinden Maxdorf und Lamsheim sollten in Zukunft gemeinsam eine Realschule plus in kooperativer Form betreiben.

Für den Hauptschulstandort Dannstadt-Schauernheim fordern wir die Prüfung der Alternativen aus dem Schulentwicklungsplan 2008 für die Weiterentwicklung des Schulangebotes.

Im Rahmen des Schulentwicklungsplans 2008 ist auch zu prüfen, inwieweit ein weiterer gymnasialer Schulstandort im Rhein-Pfalz-Kreis erforderlich bzw. möglich ist.

Die FDP fordert daher:

- Die Entwicklungsmöglichkeiten und Interessen von Kindern und Jugendlichen noch nachhaltiger den individuellen Fähigkeiten anzupassen.
- Den verstärkten Ausbau betreuender und individueller Bildungsangebote.

- Die gleichberechtigte Unterstützung privater und ehrenamtlicher Bildungskonzepte, wie z. B. Familienzentren und -vereine.
- Die Förderung durchlässiger Schulsysteme, insbesondere unter dem Aspekt berufsbezogenen Bildungsgänge.
- Für den Hauptschulstandort Dannstadt-Schauernheim
  1. die sorgfältige Prüfung der im Schulentwicklungsplan aufgezeigten Alternativen, ob eine Integrierte Gesamtschule (IGS) oder eine Realschule plus ohne oder mit Böhl-Iggelheim möglich ist.
  2. die Stellungnahme der Schulaufsichtsbehörde, ob die im Schulentwicklungsplan dargestellten Alternativen und Auswirkungen auf die übrigen Schulstandorte valide sind.Wenn diese Prüfungen und Stellungnahmen ergeben, dass eine IGS in Dannstadt-Schauernheim zukunftsfähig und finanziell vertretbar ist, unterstützt die FDP die weitere Einrichtung einer IGS an diesem Schulstandort.
- Die Prüfung eines weiteren gymnasialen Standortes im Rhein-Pfalz-Kreis und dessen Auswirkungen auf die Schulstandorte Schifferstadt und Limburgerhof.
- Die Darlegung der zusätzlichen finanziellen Aufwendungen und Auswirkungen der im Schulentwicklungsplan dargestellten Alternativen auf den Kreishaushalt.

### **Kulturpolitik**

Kultur ist eine wichtige Quelle nationaler und regionaler Identitäten, sie schärft Erscheinungsbilder, stärkt regionale Identitäten und trägt nicht zuletzt unter dem Stichwort der „Kulturwirtschaft“ zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung bei.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass in Zukunft eine stärkere interkommunale und regionale Zusammenarbeit nötig sein wird, da aufgrund des demographischen Wandels (Altersdurchschnitt, Migrantenanteil etc.) neue Integrationsleistungen erbracht werden

müssen. Diese setzen stärker auf weiche Standortfaktoren aus den Bereichen Kultur und Soziales und können in Regionen mit ländlicher und kleinstädtischer Infrastruktur nur durch (neue) Kooperationsformen erbracht werden.

In der Kulturpolitik nimmt der Rhein-Pfalz-Kreis eine führende Stellung ein. Die Kreisvolkshochschule ist eine der größten in Rheinland-Pfalz und die Kreismusikschule leistet unter der Leitung des Kreisbeigeordneten Konrad Reichert anerkannt hervorragende Arbeit. Dies muss auch in Zukunft gesichert werden.

Eine generelle Herausforderung für eine kreisweite Kulturarbeit und Kulturentwicklung besteht in dem Aufbrechen der rein ortsfixierten Aktivitäten hin zu einer Bereitschaft, sich nicht nur als Kommune, sondern als Kommune im Kreis wahrzunehmen. Dies kann gelingen, wenn von Beginn an alle relevanten Akteure bzw. deren Vertreter in eine - explizit gemeinsame – Kulturplanung mit einbezogen werden und sich im konkreten Programm als Teil des Kreises wiederfinden.

Deshalb wäre es von großer Wichtigkeit, zunächst einen Kulturentwicklungsplan für den Rhein-Pfalz-Kreis gemeinsam mit allen Akteuren zu erarbeiten.

Wenn die Kultur für die Kommunen momentan auch hauptsächlich eine freiwillige Leistung darstellt, so wird sie trotzdem immer bedeutsamer und in großen Unternehmen – in der Metropolregion Rhein-Neckar stark vertreten – als mittlerweile sogar harter Standortfaktor bewertet, wenn es darum geht, qualifizierte Mitarbeiter an den eigenen Standort zu binden. Der Kreis könnte diese Situation konstruktiv nutzen und einerseits ein Vorbild liefern, das auch für andere Bereiche der interkommunalen Zusammenarbeit dienen könnte, gleichzeitig den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung stärken und eine Profilschärfung zur Erkennbarkeit in der Metropolregion aktiv mit zu gestalten. Auch die Kommunen könnten über die Erkennbarkeit des Kreises in der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) profitieren.

Ziel eines Kulturentwicklungsplanes ist es nicht, die direkten kulturellen Inhalte zu bestimmen. Vielmehr sollten jedoch die Rahmenbedingungen strategisch gestaltet werden, um Konkurrenzen zu vermeiden.

Themenfelder nicht außer Acht zu lassen, vorhandene Kapazitäten zu nutzen, das Angebot an die Bevölkerung anzupassen und darüber hinaus keine künstlichen Konstrukte zu schaffen.

Ein konkreter Vorschlag zielt daher auf die Erstellung eines Erstkontaktes aller relevanten Akteure bzw. deren Vertreter und die gemeinsame Diskussion der Ergebnisse im Rahmen einer Zukunftswerkstatt oder eines Workshops. Auf dieser Basis könnten Zielvorgaben erarbeitet und konkrete Maßnahmen beschlossen werden.

*Deshalb fordert die FDP, dass*

- die bisher hervorragende Kulturarbeit im Rhein-Pfalz-Kreis auf dem jetzigen hohen Niveau fortgeführt wird.
- die Einrichtung eines eigenständigen Kulturreferates.
- die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes.
- der Rhein-Pfalz-Kreis seine Kooperationen mit den umliegenden Städten sowie mit den Gemeinden im Rhein-Pfalz-Kreis als auch mit der Metropolregion weiter ausbaut.
- die Kultur- und Vereinsförderung verstärkt mit den Angeboten der Kreisvolkshochschule vernetzt wird.
- die Unterstützung der Musikerziehung und Musikausübung durch private Träger und Kreismusikschule besser koordiniert wird.
- die Förderung des Lesens eine besondere Beachtung erfährt, wobei die Zusammenarbeit der Schulen und ihrer Bibliotheken mit den öffentlichen und kirchlichen Büchereien verstärkt werden soll.
- das Programm der Kreisvolkshochschule die Bereiche Bildende Kunst, Theater und Multimedia stärker in ihrem Programmangebot berücksichtigt.

### **Kommunale Seniorenpolitik**

Die demografische Entwicklung gilt es verstärkt zu berücksichtigen. Dies gilt für alle Bereiche der Entwicklung von Städten und Gemeinden. Dabei kommt dem „seniorengerechten“ Ausbau eine besonders wichtige Funktion zu. Das Lebensumfeld von Seniorinnen und Senioren ist bei der baulichen und verkehrstechnischen Ausgestaltung entsprechend zu berücksichtigen.

#### **Die FDP fordert daher:**

- Bei kommunalen Entscheidungen ist die ortsnahe Versorgung mit Waren und Dienstleistungen von Seniorinnen und Senioren, so wie bei der Gesundheitsversorgung, in besonderer Weise zu berücksichtigen.
- Die Sicherung und der Ausbau innerörtlicher und ortsnaher Versorgungseinrichtungen muss gegenüber oft großflächigen und regionalen Märkten gefördert werden.
- Beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gilt es Schwerpunkte zu setzen, wie dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Dies gilt insbesondere für die schienengebundenen Verkehrswegen oder den Ruftaxi-Verkehr.
- Die Beteiligung der Seniorinnen und Senioren sollte vorrangig von den örtlichen und ehrenamtlichen Senioren-Initiativen und -Vereinen unterstützt werden. Sofern es keine geeigneten Institutionen gibt, sollte ein Seniorenbeirat eingerichtet werden.

### **Sportpolitik**

Der Sport ist die größte Massenbewegung in Deutschland. Den Vereinen und Sportverbänden gehören, auch im Rhein-Pfalz-Kreis, tausende von Bürgerinnen und Bürgern an. Sportpolitik ist aber nicht isoliert zu sehen, vielmehr gibt es Verbindungen zu den meisten Politikbereichen, insbesondere zur Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

### Die FDP fordert deshalb, dass

- die Aktivitäten unserer Vereine weiterhin durch den Rhein-Pfalz-Kreis finanziell gefördert werden, insbesondere auf der Grundlage altersspezifischer Angebote.
- die bereits praktizierte Zusammenarbeit von Kindergärten und Schulen mit den Sportvereinen weiter ausgebaut wird.
- die modernisierten Hallen- und Freibäder im Landkreis erhalten bleiben.

die Kommunen, insbesondere bei freiwilligen und ehrenamtlichen Initiativen, bei der Sicherung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, wie z. B. modernen Sportanlagen, unterstützt werden.

### Interkommunale Wirtschaftsförderung

Jede Kommune steht im Wettbewerb mit anderen Kommunen und Regionen. Eine Zukunftsperspektive hat unser Landkreis nur dann, wenn er für Unternehmen attraktiver ist als andere Standorte. Jeder potentielle Unternehmensgründer hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl. Er wird sich für den Standort entscheiden, der ihm langfristig die besten Entwicklungsperspektiven bietet.

### Deshalb fordert die FDP:

- Dass die Kommunen in der Region Rhein-Neckar-Pfalz in Fragen der Wirtschaftsförderung stärker kooperieren.
- Dass sich die Kommunen bei der Planung von interkommunalen Gewerbegebieten intensiver abstimmen.
- Dass freiwillige Kooperationsmaßnahmen der Kommunen bei der Errichtung und Zusammenführung von kommunalen Einrichtungen unterstützt werden.
- Den Tourismus im Rhein-Pfalz-Kreis nachhaltig zu fördern.

## **Energie**

Die Entwicklung auf dem Energiesektor hat sich erheblich verändert. So stehen die stetig steigenden Energiepreise in engem Zusammenhang mit der Konzentration der Energieversorger. Die Energieversorgung stellt für die Kommunen einen hohen Kostenfaktor dar.

Dies gilt insbesondere für die von den privaten Energieversorgern abhängigen Kommunen.

### **Die FDP fordert daher:**

- Die sehr enge Abstimmung der Kommunen bei der Neuorganisation der Energieversorgung und der Änderung von Konzessionsverträgen.
- Für die kreiseigenen Gebäude ist die Energieeffizienz zu überprüfen und umweltfreundlich zu gestalten.
- Regelmäßige Informationen der Bürgerinnen und Bürger über die aktuellen Entwicklungen auf dem Energiesektor und die aktuellen Förderungsmöglichkeiten bei Gebäudesanierungen und/oder der Einrichtung und Nutzung alternativer Energiequellen, wie z. B. Sonnenenergie und Geothermie.

## **Abfallwirtschaft**

Die Abfallentsorgung ist sowohl unter wirtschaftlichen als auch ökologischen Gesichtspunkten zu betrachten und weiterzuentwickeln.

### **Die FDP fordert:**

- Die kontinuierliche Überprüfung der Müllgebühren auf Möglichkeiten der Kostenreduzierung, insbesondere unter Berücksichtigung

des Kosten-Leistungs-Prinzips und der Wertänderung der Wertstoffe.

- Die Weiterentwicklung des Müllmanagements durch kompetente und zeitnahe Information und Beratung der Bevölkerung.
- Die wirksame Verminderung von Geruchsbelästigungen durch einvernehmliche Regelungen mit den Entsorgungsbetrieben.
- Die Sicherung der flächendeckenden Entsorgung von Wertstoffen in den Kommunen.
- Bürgerfreundliche Öffnungszeiten der Wertstoffhöfe und Ausgabe von Wertstoffsäcken vor Ort.

### **Kommunale Verkehrspolitik**

Eine gute Infrastruktur für die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger ist weiterhin sicherzustellen. Die Attraktivität des Rhein-Pfalz-Kreises hängt nicht zuletzt von gut ausgebauten Verkehrswegen und einem attraktivem ÖPNV ab. Bei allen Verkehrswegeplanungen sind vorrangig die EU-Richtlinien zu berücksichtigen.

#### **Deshalb fordert die FDP:**

- Erhaltung und Ausbau des bestehenden Kreisstrassennetzes und die umgehende Ausbesserung von Strassenschäden.  
Es sind dabei folgende Baumaßnahmen zügig zu verwirklichen:
  - > Neubau einer Umgehungsstraße „Lamsheim-Ost“.
  - > Neubau einer Umgehungsstraße von Mechtersheim nach Berghausen.
  - > Nordspange Waldsee, Ausbau Schlichtstraße zur Kreisstraße.
  - > Bau einer Eisenbahnunterführung in Schifferstadt.
  - > Bau der Ostumgehung in Assenheim.
- Bei sachlich gerechtfertigten Gründen, wie z. B. Lärmschutzaspekten, sind die von den Kommunen beantragten Geschwindigkeitsregelungen zu unterstützen.

- Ausbau und Sicherung von Fuß- und Radwegen, insbesondere mit Blick auf unsere Kinder und deren Wege zum Kindergarten und zur Schule.
- Die intensivere Vertaktung der Buslinien und die entsprechende Anbindung an den Schienenverkehr.
- Die nachfragegerechte und attraktive Gestaltung des ÖPNV-Angebots, einschließlich dem erweiterten Einsatz des Ruftaxis.
- Die Steigerung der Qualität des ÖPNV im Hinblick auf Pünktlichkeit, Information, Sicherheit und Sauberkeit.
- Den Ausbau der S-Bahn zwischen Ludwigshafen-Frankenthal-Worms mit einer Vertaktung/Anbindung von Lambsheim.
- Die Realisierung der Straßenbahnverbindung zwischen Neuhofen und LU-Rheingönheim.

### **Hochwasserschutz**

Die Hochwasserschutzmaßnahmen müssen vorrangig der Sicherheit der Menschen dienen.

#### **Deshalb fordert die FDP:**

- Es ist jeweils eine objektive Abwägung zwischen den verschiedenen Maßnahmemöglichkeiten der natürlichen und gesteuerten Hochwasserrückhaltung vorzunehmen.
- Bei den Planungen von Hochwasserrückhaltemaßnahmen ist die jeweilige Hochwasser-, Druck- und Grundwassersituation großräumig gutachterlich zu erfassen und entsprechend zu berücksichtigen.
- Besonders geeignete Hochwasserrückhalteräume sind vorrangig zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere unter dem Aspekt des Retentionsvolumens und der Kosten, sowie der Anzahl der betroffenen Bevölkerung vor Ort.

- Bei der Ausweisung von Hochwasserrückhalteräumen sind bei entsprechender Eignung Flächen in staatlichem Eigentum stets gegenüber privaten Flächen vorrangig zu berücksichtigen.
- Die bereits jetzt außerordentlich hohe Belastung durch Retentionsflächen im Rhein-Pfalz-Kreis ist bei den weiteren Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung von Hochwasser, Druck- und Grundwasser besonders zu berücksichtigen.
- Vorgebrachte Einwände gegen die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen sind hinreichend zu berücksichtigen. Abgelehnte Einwände müssen für alle Beteiligten nachvollziehbar sein.
- Sach- und Vermögensschäden, die wegen ergriffener Maßnahmen zum Rhein-Hochwasserschutz entstanden sind, müssen den betroffenen Kommunen und Bürgerinnen / Bürgern vom Land zeitnah ersetzt werden. Ablehnende Begründungen sind umgehend unter Vorlage der Beweise mitzuteilen und mit einem Rechtsmittelbehelf zu versehen.
- Dass auf eine gesteuerte Rheinhochwasserrückhaltung „Altrip/Waldsee/Neuhofen“ verzichtet wird, weil die Erfordernis und Vertretbarkeit nicht erbracht werden kann.
- Dass in planfestgestellten Überschwemmungsgebieten Bebauungen ausgeschlossen sind.

### **Grund- und Druckwasserschutz**

Die Probleme der Grund- und Druckwassersituation im Rhein-Pfalz-Kreis sind seit vielen Jahren ein wichtiges Thema.

#### **Die FDP fordert:**

- Die Grund- und Druckwassersituation im Rhein-Pfalz-Kreis ist gegenüber der Öffentlichkeit umfassend und nachvollziehbar darzustellen.

- Vorhandene Grabensysteme sind zu reaktivieren und kontinuierlich zu pflegen. Insbesondere zur Verbesserung der Grundwassersituation sind diese Vorfluter einzubeziehen.
- Bei den Oberläufen sind geeignete Rückhaltmaßnahmen zu ergreifen, da die Grund- und Druckwassersituation auch sehr stark durch die Vorfluter des Rheins beeinflusst wird.
- Der Beregnungsverband Vorderpfalz ist bei den Planungen und Maßnahmen mit einzubeziehen.
- Bei der Ausweisung neuer Baugebiete und Verkehrserschließungsmaßnahmen, sowie bei Eingriffen in bestehende Kultur- und Landschaftsschutzgebiete ist die jeweilige örtliche und überregionale Grund- und Druckwassersituation zu berücksichtigen.
- Die Zuständigkeiten bei den Vorflutern ist neu zu überdenken, um ein erfolgreiches Grund- und Druckwassermanagement ermöglichen zu können. Diese sollen sich daher zukünftig nicht mehr an Verwaltungsgrenzen sondern an Flussgebietseinheiten orientieren.
- Der Bau der „Südspange“ (Mutterstadt, Limburgerhof, Neuhofen) ist im Rahmen eines großräumigen Grundwassermanagements zur Verbesserung der örtlichen Grund- und Druckwassersituation zügig im Einvernehmen mit den beteiligten Gemeinden zu realisieren.

## **Landwirtschaft**

Die Landwirtschaft hat einen hohen Stellenwert in unserem Landkreis. Dabei kommt insbesondere dem Gemüseanbau („Gemüsegarten Deutschlands“) eine wichtige Bedeutung zu. Die landwirtschaftlichen Strukturen sind, im Sinne der Bewahrung der Kulturlandschaft, zu erhalten.

### **Deshalb fordert die FDP:**

- Bei Planungen und Massnahmen hat der Kreis die landwirtschaftlichen Strukturen besonders zu beachten.

- Die Kommunen sind auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen bei ihren Bemühungen zur Verhinderung der Zersiedlung landwirtschaftlicher Flächen durch Windkraftanlagen zu unterstützen.

### **Umwelt- und Naturschutz**

Kommunale Natur- und Umweltschutz muss widerstrebende Nutzungsansprüche an unsere Umwelt ausgleichen, vorausschauend und umweltverträglich planen. Eine intakte Natur ist als wertvoller „Standortfaktor“ einzustufen.

Die vorsorgende Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang haben vor der Nachsorge solcher Schäden. Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sind zu sichern.

#### *Deshalb fordert die FDP:*

- Die Unterstützung von ehrenamtlichen Initiativen zur Erhaltung von Natur und Umwelt.
- Die Fortschreibung der Biotopvernetzung, insbesondere unter dem Aspekt „Öko-Konto“.
- Die Sicherung von Landschafts- und Naturschutzgebieten für die Artenvielfalt von Flora und Fauna.
- Gewährleistung einer geordneten Naherholung.

### **Gesellschafts- und Sozialpolitik**

Im Spannungsfeld zwischen staatlicher Sozialfürsorge, wachsender Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit hält die FDP durchgreifende Reformen im Sozialsystem für unbedingt notwendig. Sozialpolitik muss dazu stärker als bisher Hilfe zur Selbsthilfe organisieren.

Die FDP fordert deshalb,

- die konsequente Umsetzung der Vorschläge aus dem Gutachten des Steinbeis-Transferzentrums Kommunales Management zur fachlichen und finanziellen Steuerung, Evaluation und Controlling im Kreisjugend- und Sozialamt des Rhein-Pfalz-Kreises.
- eine sorgfältige und konsequente Kontrolle der Sozialleistungen durch die Sozialverwaltung.
- effektive Netzwerke und Problemlösungsstrategien durch Kooperationen zwischen Rhein-Pfalz-Kreis und seinen Gemeinden zu stärken.

### **Innere Sicherheit**

Die Gewährleistung Innerer Sicherheit ist ein wesentliches Ziel liberaler Politik. Um die Sicherheit im Rhein-Pfalz-Kreis weiter zu verbessern

fordert die FDP daher:

- Eine stärkere sichtbare Präsenz der Polizei im Rhein-Pfalz-Kreis.
- Die Fuß- und Fahrradstreifen sind auszubauen.
- Die Stärkung der kriminalpräventiven Zusammenarbeit, z. B. bei extremistischen Aktivitäten, Alkohol- und Drogenmissbrauch.
- Die Einrichtung eines Kriminalpräventiven Rats auf Kreisebene.

### **Rechts- und Innenpolitik**

Liberaler Politik sieht in der engagierten und ehrenamtlichen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene ein unverzichtbares Element der Demokratie.

Zahlreiche Forderungen der FDP sind umgesetzt worden:

- Bürgermeister, Landräte werden direkt gewählt.

- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide wurden auf kommunaler Ebene eingeführt.
- Bei den Kommunalwahlen können Wählerinnen und Wähler zwischen den Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Listen auswählen und zusätzlich mehrere Stimmen auf einzelne Kandidatinnen und Kandidaten häufen (Panaschieren und Kumulieren). Damit haben Bürgerinnen und Bürger bessere Einflussmöglichkeiten auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente.

Gleichwohl gilt es, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger weiter zu stärken.